

**Protokoll der 19. Sitzung der
Gemeindevertretung Waldems
vom Dienstag, den 12.02.2014 um 19.30 Uhr
im DGH Esch**

Anwesend:

01. Raoul Nägele	14. Kerstin Lerch-Arndt	
02. Joachim Nickel	15. Marianne Kristandt	
03. Matthias Hedwig	16. Mustafa Dönmez	
04. Julia Hies	17. Barbara Düren	
05. Kai Volkmar	18. Karl-Heinz Harpf	
06. Wiebke Volkmar	19. Jens Dambeck	<u>Entschuldigt:</u>
07. Maren Görg	20. Norbert Schwenk	Klaus-Dieter Humm
08. Christian Schneider	21. Heinz Grußbach	Stefan Moog
09. Jörg Kotitschke	22. Helmut Volkmar	Jürgen Hemming
10. Wolfgang Ninsa		Santosh Dönmez
11. Dr. Edmund Nickel		Anke Schmidt-Hohn
12. Wolfgang Deußenroth		
13. Reiner Schultheis		

somit anwesend: 22

anwesend vom Gemeindevorstand:

Bürgermeister Werner Scherf
1. Beigeordneter Markus Hies
Beigeordneter Rolf Meister
Beigeordneter Bernd Heilhecker
Beigeordneter Titus Mertens

Entschuldigt:

Beigeordneter Norbert Hönge

anwesend von der Gemeindeverwaltung:

Brigitte Hörning
Kristin Cajiao-Arias
Frau Kohaut (Praktikantin)

„Idsteiner Zeitung“, Herr Struck

sowie 5 Zuschauer

Waldems, den 12.02.2014

Zu der auf heute um 19.30 Uhr anberaumten 19. Sitzung der Gemeindevertretung sind die Mitglieder am 13.12.2014 – also mindestens 3 Tage vorher – unter Angabe von Ort und Stunde der Sitzung sowie unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden. Das Gremium war mehrheitlich erschienen, sodass der Vorsitzende Raoul Nägele die

Beschlussfähigkeit feststellen konnte. Er begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass Einsprüche gegen die Einladung und die Tagesordnung nicht vorgebracht wurden.

Die Tagesordnung wurde – unter Protokollführung der Verwaltungsbediensteten Brigitte Hörning – wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

Punkt 1 Betr.: Genehmigung und Unterzeichnung der Sitzungsniederschrift vom 13.12.2013

Die Sitzungsniederschrift vom 13.12.2013 wurde mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich genehmigt.

Punkt 2 Betr.: Anfragen gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung

Es lag eine Anfrage der FWG-Fraktion vom 27.01.2014 vor.

„Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2013“

Welche Maßnahmen hat der Gemeindevorstand zur Umsetzung des von der Gemeindevertretung beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes konkret unternommen im Zusammenhang mit:

1. den Energiekosten für die gemeindlichen Liegenschaften,
2. der Anpassung der Personalkosten im Kindergartenbereich,
3. dem Personalentwicklungskonzept,
4. der Flächenreduzierung im Friedhofsbereich,
5. dem neuen KAG, speziell der Erhebung von Straßenbeiträgen,
6. der Einführung weiterer Abgaben und Steuern und
7. der interkommunalen Zusammenarbeit.

Wir bitten um detaillierte Auflistung der jeweiligen Aktivitäten und der eingetretenen bzw. der erwarteten Einsparungen mit Nennung des Zeitpunkts des Wirksamwerdens.“

Bürgermeister Scherf beantwortete diese wie folgt:

Frage 1:

Die folgenden Maßnahmen hat der Gemeindevorstand zur Umsetzung des von der Gemeindevertretung beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes konkret bezüglich der Energiekosten für die gemeindlichen Liegenschaften unternommen:

- Energetische Sanierung von verschiedenen Gebäuden im Rahmen des Konjunkturprogrammes von Bund und Land, schon vor Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzeptes (Einsparungen wirksam seit 2012);
- Einbau energieeffizienter Heizpumpen in bestehende Gebäude, je nach Notwendigkeit;
- Abschluss neuer Stromlieferverträge für alle Liegenschaften mit günstigeren Lieferpreisen;
- Abschluss neuer Gaslieferverträge für die mit Erdgas beheizten Liegenschaften;
- Ersatz von Leuchtmitteln durch energiesparende Typen (Energiesparleuchten);

- Sukzessive Umstellung von Notbeleuchtungen auf LED-Technik zur Energiekostensenkung;
- Anpassung der bestehenden Heizungsregelanlagen auf die jeweiligen Bedürfnisse.

Hinweis der Fachabteilung: Gerade die im Bereich des Strom- und Gasbezuges günstigeren Konditionen werden durch die Erhöhung der Steuern und Abgaben (EEG-Abgabe) größtenteils aufgehoben.

Umstellungen bei Leuchtmitteln und Heizungsregelanlagen sind mit entsprechenden Beschaffungskosten verbunden, die eine genaue Feststellung der Amortisierungskosten derzeit noch nicht möglich machen.

Frage 2:

Die Bezahlung im Kindergartenbereich richtet sich nach den Vorgaben des entsprechenden Tarifvertrages für Erzieherinnen. Eine Anpassung der Personalkosten hat stattgefunden. Durch die erweiterten Öffnungszeiten und die Vorgaben der Mindestverordnung sind die Personalkosten in entsprechendem Umfang der Leistungsausweitung gestiegen. Die Kindergartenplätze sind durch den Gesetzgeber mit einem Rechtsanspruch versehen. Die Mindestanforderungen an den Personalschlüssel hat die Gemeinde Waldems zu erfüllen. Spielräume, die Personalkosten zu senken, sind in der derzeitigen Kindergartenstruktur der Gemeinde Waldems nicht vorhanden.

Frage 3:

Aufgrund der Belastung des für das Personalentwicklungskonzept zuständigen Sachbearbeiters verzögert sich die Vorlage des Personalentwicklungskonzeptes. Der Gemeindevorstand geht davon aus, dass ihm in den nächsten zwei Monaten ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept vorgelegt wird.

Frage 4:

Der Gemeindevorstand hat beschlossen, bezüglich der Veränderungen auf den Friedhöfen mit den Ortsbeiräten Kontakt aufzunehmen. Dies soll im Rahmen einer Gemeindevorstandssitzung geschehen. Jahreszeitlich bedingt werden die ersten Ortstermine für März 2014 anvisiert.

Frage 5:

Die Gemeinde Waldems hat eine Straßenbeitragssatzung, die sie anwenden kann. Mit der Erhebung der Straßenbeiträge hat sich der Gemeindevorstand beschäftigt. Ein entsprechendes Büro wurde konsultiert. Abschließende Informationen sind zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Lediglich einige Vor- oder Nachteile von einmaligen oder wiederkehrenden Straßenbeiträgen können mitgeteilt werden. Der Gemeindevorstand wird sich mit dieser Thematik noch intensiv beschäftigen. Vorteile der wiederkehrenden Straßenbeiträge wären die Verteilung auf mehreren Schultern, kleine Jahresbeiträge in kurzen Abständen und die jährliche Abrechnung laufender Maßnahmen sowie kein Warten auf Schlussrechnungen und Fertigstellung der Maßnahmen. Nachteile wären ein hoher Verwaltungsaufwand pro Abrechnungsbezirk durch jährliche Prüfung auf Veränderungen (Katasteränderungen, bauliche Veränderungen, Verschonungsregeln und aufwendige Berechnungen über die geleisteten Beiträge, Umnutzungen, Kaufverträge) sowie jährliche Beitragssatzberechnung. Ein 5-Jahres-Plan muss erstellt werden über Maßnahmen im Abrechnungsbezirk, hoher Satzungsaufwand - jährliche Satzung für das entsprechende Abrechnungsgebiet, zusätzliche Satzung über die Regelung mit Außenbereichsstraßen, die in gemeindlicher Baulast stehen und auch bei der Mitwirkung Dritter bleibt ein hoher Verwaltungsaufwand, um die notwendigen Grundlagen zu liefern. Konkrete Informationen werden zu gegebener Zeit vorgelegt.

Frage 6:

Es existiert ein Beschluss der Gemeindevertretung, ob es Sinn macht, eine Zweitwohnungssteuer einzuführen. Auch hiermit hat sich der Gemeindevorstand auseinandergesetzt. Es ist eine Fragebogenaktion durch das Einwohnermeldeamt erfolgt. 520 Bürger mit Zweitwohnsitz in Waldems wurden angeschrieben. 100 haben sich danach sofort abgemeldet. 200 Anschreiben kamen als „unbekannt“ zurück, d. h., diese Personen müssen „von Amts wegen“ abgemeldet werden. Somit blieben noch 220 Personen übrig, die eine Zweitwohnung gemeldet haben. Davon werden 10 Personen demnächst ihre Hauptwohnung nach Waldems verlegen. Ein Großteil der verbleibenden Personen hat bereits bekundet, den Zweitwohnsitz demnächst abzumelden. Wir müssen überlegen, wie wir damit umgehen werden. Eine Zweitwohnungssteuer gibt es derzeit im Rheingau-Taunus-Kreis lediglich in Schlangenbad und in Bad Schwalbach.

Die Spielapparatsteuer wurde vor zwei oder drei Jahren eingestellt, da der Verwaltungsaufwand wesentlich höher war als der Ertrag aus dieser Steuer. Die Pferdesteuer wird auch in Schlangenbad diskutiert und auch in anderen Städten und Gemeinden.

Frage 7:

Die interkommunale Kooperation innerhalb des „Idsteiner Landes“ und darüber hinaus funktioniert an vielen Stellen bereits vorzüglich. Hier seien der gemeinsame Standesamtsbezirk, der gemeinsame Ordnungsamtsbezirk sowie gegenseitige Vertretungsregelungen – sei es im Bauamt oder im Meldeamt – erwähnt. Auch im Bereich der Feuerwehr und der Finanzabteilung gibt es interkommunale Gespräche und Verabredungen. Aufgrund der personellen Änderungen in der Spitze der Rathäuser des „Idsteiner Landes“ ist geplant, mit den Kollegen aus Idstein, Hünstetten und Niedernhausen in den nächsten Monaten Gespräche zu führen. Darüber hinaus sei auf ein weiteres, absolut erfolgreiches Modell der interkommunalen Zusammenarbeit hingewiesen, die Fusion der Abwasserverbände „Obere Ems“ und „Mittlere Ems“. Die notwendigen Beschlüsse sind 2013 überall gefasst worden. Dies wird positive finanziell bedeutsame Folgen für die Gemeinde Waldems und andere Kommunen mit sich bringen.

Zur Information: Die Beantwortung dieser Fragen hat für die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung einen enormen Zeitaufwand bedeutet, es mussten ca. 20 Stunden aufgewendet werden.

Punkt 3 Betr.: Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Bürgermeister Scherf berichtete über aktuelle Sachverhalte und Beschlüsse des Gemeindevorstandes:

Kanalbau/Abwasser:

Kanalbauprogramm ist abgearbeitet, eine Maßnahme im Ot. Bermbach „Am Hang“ und „Hauptstraße“ gibt es derzeit noch. Es müssen noch einige Reparaturarbeiten in offener Bauweise vorgenommen werden. Das Büro Lang in Wiesbaden wurde hiermit beauftragt (ca. 10.000,00 Euro).

Straße K 748/Reinborn:

Diese Straße ist noch im Besitz des Kreises, wird demnächst an die Gemeinde übergeben. Sie sollte heute fertiggestellt werden.

Stromversorgung:

Die Gemeindevertretung hatte beschlossen, dass ein Konzessionsvertrag mit einem Energieversorger abgeschlossen werden soll, ebenso ein Straßenbeleuchtungsvertrag. Für beide Angelegenheiten wurde das Büro Hinkelmann in Idstein beauftragt. Es gibt 2 Bewerber für den Konzessionsvertrag und den Straßenbeleuchtungsvertrag. Es fehlen noch einige Informationen, bevor Herr Hinkelmann einen Vergabevorschlag unterbreiten kann. Es wird davon ausgegangen, dass dies in der nächsten Sitzung auf den Weg gebracht werden oder zumindest beraten werden kann.

Bereich Kindergarten:

Die Stadt Idstein hat uns – und auch den anderen Kommunen im Idsteiner Land - hier eine Rechnung bezüglich der Betreuung von Kindern in Einrichtungen der Stadt Idstein gestellt (§ 28, Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetz – HKJGB -). Die Stadt Idstein hat bezüglich der Veranlagung in dieser Angelegenheit gegen die Stadt Wiesbaden geklagt. Hier gibt es ein entsprechendes Gerichtsurteil; es liegt jedoch noch nicht vor. Mittlerweile sind Gespräche zwischen den Bürgermeistern des Idsteiner Landes bezüglich dieser Thematik erfolgt. Die Gespräche waren sehr konstruktiv, abschließende Ergebnisse werden zu gegebener Zeit mitgeteilt.

Unterstützung der Büchereien in der Gemeinde Waldems:

Die Büchereien in den Ortsteilen Bernbach, Esch, Niederems, Reichenbach und Steinfischbach werden mit insgesamt 1.800,00 Euro unterstützt.

Unterstützung der Chöre der Gemeinde Waldems:

Die Waldemser Chöre erhalten anlässlich des „Waldemser Singens“ Schecks in Höhe von insgesamt 1.580,00 Euro zur Unterstützung ihrer Arbeit.

Neuverpachtung des Jagdbezirkes Wüstems:

Der Jagdpächter ist verstorben, es gibt einen neuen Interessenten, der einen guten Eindruck auf den Jagdgenossenschaftsvorstand und den Gemeindevorstand macht. Er würde in diesen Vertrag einsteigen, er möchte auch einen neuen Vertrag über die Laufzeit von 12 Jahren abschließen. Außerdem ist er bereit, das Jagdhaus zu übernehmen. Der Gemeindevorstand hat dem zugestimmt und Herrn Krieger als Vertreter der Gemeinde beauftragt, auf der Jagdgenossenschaftsversammlung in Wüstems entsprechend zu votieren.

Punkt 4 Betr.: Haushalt 2014

Bürgermeister Scherf teilte zunächst zum Haushalt 2013 mit, dass das geplante Defizit von 355.000,00 Euro sich auf 230.000,00 Euro reduziert hat. Diese erfreuliche Tatsache ist zurückzuführen auf die positive Entwicklung der Gewerbesteuer.

Der Haushalt 2014 kann nicht ausgeglichen gestaltet werden. Nach der Haushaltsberatung in den Ausschüssen am 01. Februar weist der diesjährige Haushalt im Ergebnishaushalt im ordentlichen Ergebnis ein Defizit von 164.790,- EURO (HFA) bzw. 194.790,- EURO (UBPA) aus.

Bürgermeister Scherf wies darauf hin, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind und dass sich immer wieder politische Entscheidungen auf Bundes – oder Landesebene, z. B. im KIGA-Bereich, direkt oder indirekt auf die Gemeindefinanzen auswirken. Freiwillige Leistungen einzustellen könnte den Haushalt nicht stabilisieren. Gelder für investive Strukturmaßnahmen nicht in die Hand zu nehmen verbiete allein schon die geografische Lage zwischen den Zentren Idstein und Bad Camberg. Man müsse Waldems als Wohnort attraktiv halten und weiter entwickeln, z. B. durch Investitionen in den KIGA-Bereich (U 3, Krippe, KIFÖG); den ÖPNV; die

Grundversorgung (Wasser, Kanal, Straße), die Liegenschaften (Vereinsleben); die Feuerwehr (Bedarfsplan).

Bezüglich der Erhöhung von Steuern und Gebühren erklärte Bürgermeister Scherf, dass die Gebührenhaushalte ausgeglichen gestaltet sein sollten, um eine Genehmigung des Haushaltes zu erreichen. Dies sei eine klare Forderung der Aufsichtsbehörde.

In Anlehnung an das Protokoll der gemeinsamen Ausschusssitzung von HFA und UBPA vom 01.02.2014 erläuterte **Herr Jörg Kotitschke** die beschlossenen Änderungen.

PRODUKTPLAN.

- S. 9/10 Einrichtungen für die gesamte Verwaltung/Wartungskosten, Servicverträge und Aufwendungen für betriebswirtschaftliche Beratungen u. ä., hier: Vertrag mit dem arbeitsmedizinischen Dienst: Hier ist gefordert, eine Auflistung aller Wartungs- und Servicverträge zu erstellen. Außerdem soll geklärt werden, inwieweit im Rahmen des „Idsteiner Landes“ eine gemeinsame arbeitsmedizinische Untersuchung mit dem Ziel der Kosteneinsparung organisiert werden kann. Eine Abstimmung erfolgte hier nicht.
- S. 20 Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentationen: Hier soll auf Anregung der FWG-Fraktion der Gemeindevorstand prüfen, ob mit anderen Partnern bei gemeindlicher Federführung eine gemeindeeigene Zeitung herausgegeben werden kann. Aufgrund der nicht vorhandenen personellen Ressourcen im Rathaus fand dieser Antrag keine Mehrheit.
- S. 39: Bauhof/Instandhaltung von Fahrzeugen: Auf Antrag der CDU-Fraktion kam es zu dem Antrag, von seiten des Gemeindevorstandes zu prüfen, inwieweit der Bagger verkauft werden kann und eine Anmietung im Bedarfsfalle kostengünstig organisiert werden kann. Dieser fand die einstimmige Zustimmung der Ausschüsse.
- S. 42 Bauhof/Ersatzbeschaffungen und Gerätschaften: Auf Antrag der CDU- und der FWG-Fraktion kam es hier zu dem Antrag an den Gemeindevorstand, die Anschaffung eines Reservesilostreuers für den Lkw inhaltlich zu hinterfragen und zu begründen. Dieser Antrag fand – sowie auch die Anbringung eines Sperrvermerkes, der von der Gemeindevertretung aufgehoben werden kann – die einstimmige Zustimmung der Ausschüsse.
- S. 44: Statistiken und Wahlen: Hier wurde ein Ansatz verändert von 2.500,00 Euro auf 3.500,00 Euro. Die Begründung ist die Bürgermeisterwahl, die wahrscheinlich in diesem Jahr noch stattfindet. Die Antragsänderung erfolgte einstimmig.
- S. 62 Feuer- und Brandschutz/Erweiterungsanbau Gerätehaus Niederems, Planungskosten: Auf Antrag der FWG-Fraktion soll ein Sperrvermerk für insgesamt 15.000,00 Euro, der vom UBPA aufgehoben werden kann, angebracht werden. Die Ausschussmitglieder erwarten vom Gemeindevorstand ein Konzept in dieser Angelegenheit. Die Ausschüsse folgten einstimmig diesem Antrag.
- S. 67 Katastrophen- und Zivilschutz/Notstromaggregate: Hier gab es einen Antrag der CDU-Fraktion auf Anbringung eines Sperrvermerkes bzw. die Erstellung eines Notfallkonzeptes, aus dem die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit dieser Investition hervorgeht. Die Ausschüsse folgten mehrheitlich diesem Antrag.
- S. 88 Tageseinrichtungen für Kinder/Zuschüsse für laufende Zwecke von übrigen Bereichen: Hier wurde ein neuer HH-Ansatz von 1.000,00 Euro eingestellt. Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen besteht für die Gemeinde Waldems die Möglichkeit, von Nachbarkommunen einen Betreuungsbeitrag für auswärtige Kinder in ihren Einrichtungen anzufordern. Inwieweit dies in die Tat umgesetzt wird, bleibt den Verhandlungen zwischen den jeweiligen Kommunen

vorbehalten. Die Mitglieder der Ausschüsse einigten sich ohne Abstimmung auf diesen neuen HH-Ansatz.

- S. 95 Kinder-, Jugend- und Familienförderung/Familienförderung/Begrüßung Neugeborener: Hier gab es keine HH-Ansatz-Veränderung. Einvernehmlich und ohne Abstimmung wünschen sich die Ausschussmitglieder vom Gemeindevorstand eine Vorlage, wie Neugeborene zukünftig begrüßt werden können. Die bisherige Regelung wird kritisch bewertet.
- S. 103 Räumliche Planung und Flächenentwicklung, Geoinformation/Gemeindeentwicklungskonzept: Die CDU-Fraktion beantragte 5.000,00 Euro einzustellen und gleichzeitig einen Sperrvermerk anzubringen, der vom HFA aufgehoben werden kann. Diesem Antrag folgen die Ausschüsse einstimmig.
- S. 103 Räumliche Planung und Flächenentwicklung, Geoinformation/Aufwendungen für Sachverständige: Die FWG-Fraktion möchte für die Weiterentwicklung/Neuaufgabe des bestehenden Flächennutzungsplanes den HH-Ansatz von 10.000,00 Euro auf 20.000,00 Euro erhöhen und einen Sperrvermerk für eine Teilsumme von 7.000,00 Euro anbringen. Die Aufhebung des Sperrvermerkes kann über den UBPA erfolgen. Dieser HH-Ansatz-Veränderung und der Anbringung eines Sperrvermerkes folgten die Ausschüsse mehrheitlich.
- S 117 Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung von Entwässerungssystemen/Kanalgebühren-Schmutzwasser und Kanalgebühren-Niederschlagswasser: Die beiden Ausschüsse sprachen sich hier für eine HH-Ansatzveränderung der Kanalgebühren-Schmutzwasser- von 670.000,00 Euro auf 685.000,00 Euro und der Kanalgebühren-Niederschlagswasser- von 300.000,00 Euro auf 310.000,00 Euro mehrheitlich aus.
- S 131 Planung, Bau und Unterhaltung von Wasseranlagen/Auskleiden der Wasserkammern alter Hochbehälter Esch mit PE-Tafeln: Die FWG-Fraktion beantragte ein grundsätzliches Überdenken dieser Investition und die Anbringung eines Sperrvermerkes. An den Gemeindevorstand richtet sich der Auftrag, die gesamte Angelegenheit zu überprüfen und die Möglichkeit der Wasserlieferung vom Ortsteil Bermbach her über den Brunnen Harbach in den Verteilbehälter Esch in die Überlegungen einzubeziehen. Die beiden Ausschüsse stimmten einstimmig dieser Prüfung und der Anbringung des Sperrvermerkes zu. Der Sperrvermerk kann durch das Gemeindeparlament aufgehoben werden.
- S 134 Konzessionen/Aufwendungen für betriebswirtschaftliche Beratungen und ähnliches: Hier gab es eine HH-Ansatz-Veränderung. Der alte HH-Ansatz war 0,00 Euro, der neue ist 5.000,00 Euro. Die Begründung ist, dass die Vorbereitungen für den Neuabschluss eines Konzessionsvertrages als auch für den Neuabschluss des Straßenbeleuchtungsvertrages noch nicht beendet sind. Aus diesem Grund wird im laufenden Haushaltsjahr mit weiteren Aufwendungen an dieser Stelle gerechnet. Die Ausschüsse stimmten der Ansatzveränderung einstimmig zu.
- S 141 Planung, Bau, Erneuerung von Verkehrswegen und Anlagen/Ausbau Radwegekonzept: Ohne Abstimmung einigten sich die Ausschussmitglieder bei diesem Produkt darauf, über den UBPA eine Grundsatzentscheidung in 2014 herbeizuführen.
- S 144 Betrieb und Unterhaltung von Verkehrswegen und –anlagen/Kapitaldienst Süwag: Der HH-Ansatz wurde von 7.000,00 Euro auf 3.000,00 Euro verändert. Die Mitglieder der Ausschüsse sind sich darüber einig, dass die reduzierte Summe hier ausreichend ist. Die Beschlussfassung hierzu war in beiden Ausschüssen einstimmig.
- S. 160 Forstwirtschaftliche Unternehmen/Umsatzerlöse Holzverkauf: Hier gab einen Antrag der FWG-Fraktion, den HH-Ansatz von 420.000,00 Euro auf

450.000,00 Euro zu erhöhen. Begründet wurde dies seitens der FWG-Fraktion mit den Rechnungsergebnissen der Vergangenheit. Die Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ lehnte aus grundsätzlichen Erwägungen, Stichwort Nachhaltigkeit, die Einnahmeerhöhung ab. Die CDU-Fraktion plädierte dafür, die Haushaltsansätze so wie seitens des Gemeindevorstandes vorgelegt zu belassen. Die SPD-Fraktion votierte für eine Einnahmeverbesserung an dieser Stelle in der von der FWG-Fraktion vorgeschlagenen Größenordnung.

Der HFA stimmte dem Antrag mehrheitlich zu, der UBPA lehnte ihn ab. Aus dieser Situation heraus liegen heute auch zwei unterschiedliche Exemplare der Haushaltssatzung und des Produktplanes zur Abstimmung vor.

- S. 191 Gemeindesteuern und –gebühren/Gewerbsteuer: Hier wurde auf Antrag der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ der HH-Ansatz von 1.400.000,00 Euro auf 1.450.000,00 Euro verändert. Die Anhebung wird in den Ausschüssen als realistisch angesehen und wurde mehrheitlich so beschlossen.
- S 191 Gemeindesteuern und –gebühren/Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: Der alte HH-Ansatz war hier 3.350.000,00 Euro. Diese wurde auf 3.100.000,00 Euro reduziert. Dies geschah auf gemeinschaftlichen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ sowie des Gemeindevorstandes, vertreten durch Bürgermeister Scherf, da dieser Planansatz als realistischer angesehen wird. Diesem Antrag folgten die Ausschüsse mehrheitlich.

Die Abstimmungen brachten folgende Ergebnisse:

PRODUKTPLAN:

Aufgrund der verschiedenen Abstimmungen bezüglich der „Holzerlöse“ in den Ausschüssen wurden getrennte Abstimmungen zum Produktplan durchgeführt. Der HFA votierte mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme für die Annahme des Produktplanes unter Einbeziehung der vorgenannten Änderungen.

Der UBPA votierte mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme für die Annahme des Produktplanes unter Einbeziehung der vorgenannten Änderungen. Dem Gemeindeparlament wird gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

STELLENPLAN:

Dem Stellenplan für 2014 stimmten die Mitglieder beider Ausschüsse einstimmig mit jeweils 7 Ja-Stimmen zu. Dem Gemeindeparlament wird gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

MITTELFRISTIGE FINANZPLANUNG:

Unter Einbeziehung der durch die Verwaltung automatisch aufgrund der Beschlussfassung der gemeinsamen Ausschusssitzung vorzunehmenden Anpassungen votierten beide Ausschüsse in einer gemeinsamen Abstimmung mit 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen für die Festlegungen der mittelfristigen Finanzplanung. Dem Gemeindeparlament wird gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

INVESTITIONSPROGRAMM:

Unter Einbeziehung der durch die Verwaltung automatisch aufgrund der Beschlussfassung der gemeinsamen Ausschusssitzung vorzunehmenden Anpassungen votierten beide Ausschüsse einstimmig mit jeweils 7 Ja-Stimmen für die Festlegungen des Investitionsprogrammes. Dem Gemeindeparlament wird gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT:

Das Haushaltssicherungskonzept wurde in der Sitzung der Ausschüsse nicht abschließend beraten. In der Sitzungsrunde im März soll darüber beraten sowie Beschlüsse hierzu gefasst werden. Darauf einigten sich die Ausschussmitglieder mehrheitlich.

HAUSHALTSSATZUNG:

Aufgrund der unterschiedlichen Abstimmungen der Ausschüsse zu den Umsatzerlösen aus dem Holzverkauf wurde über zwei unterschiedliche Satzungen abgestimmt.

HFA-FASSUNG: Der Haushaltssatzung wurde im HFA mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme unter Einbeziehung der vorgenommenen Änderungen zugestimmt. Dem Gemeindeparlament wird gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

UBPA-FASSUNG: Der Haushaltssatzung wurde im UBPA mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme unter Einbeziehung der vorgenommenen Änderungen zugestimmt. Dem Gemeindeparlament wird gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

Er bedankte sich nochmal bei allen für die konstruktive Arbeit in der Ausschussberatung.

Herr Nägele bedankte sich bei Herrn Kotitschke für den Bericht aus den Ausschüssen, der gut den Ablauf in den Ausschüssen widerspiegelte. Der Haushalt wird in der Fassung der Ausschüsse beraten, d. h., Anträge müssen nur gestellt werden, sofern das Ausschussergebnis verändert werden soll. Das Problem verschiedener Abstimmungen der Ausschüsse zu den Umsatzerlösen aus dem Holzverkauf, das sich in verschiedenen Produktplänen und Satzungen widerspiegelt, werde in den finalen Abstimmungen entsprechend kenntlich gemacht.

Herr Joachim Nickel von der CDU-Fraktion erläuterte, ein guter Haushaltsplan sollte am Ende des Jahres mit den erreichten Ist-Zahlen die im Plan getroffenen Prognosen nahezu abbilden. Dies werde jedoch meist nicht erreicht. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Problematik der Einkommensteuer und die Reduzierung des Planansatzes im Haushalt 2014. Die Erhöhung der öffentlichen Zuweisungen gegenüber den abzuführenden öffentlichen Umlagen im Vergleich von 2010 zu 2014 um 500.000,00 Euro habe dazu beigetragen, dass unser einstiges Ist-Defizit von 1.000.000,00 Euro sich verringert habe und zwar auf den Planansatz von 165.000,00 Euro HFA oder 195.000,00 Euro UBPA in 2014. Gebührenerhöhungen und Vermeidung großer Ausgaben halfen ebenso, das Defizit zu reduzieren und gleichzeitig gesetzlich geforderte Leistungen, z. B. bei der Kinderbetreuung, zu bezahlen. Der nächste Schritt müsse nun sein, alle Kostenstrukturen ins Visier zu nehmen. Ziel müsste es sein, bestehende Leistungen kostengünstiger zu erbringen. Man sehe hier genügend Potentiale bei Personal, Arbeitsorganisation und Ausstattung. Die Kostenseite müsse nach Einsparungen intensiv und ehrlich beleuchtet werden, um den notwendigen Freiraum zu erhalten, auch in Zukunft die notwendigen Gelder für Investitionen und die Weiterentwicklung von Waldems zur Verfügung zu haben.

Herr Mustafa Dönmez von der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ erklärte, das Defizit wäre im Vergleich zum Haushalt 2013 kleiner geworden. Dies sei erfreulich. Seine Fraktion habe den Gebührenerhöhungen aus Verantwortung für den Haushalt zugestimmt. Hier sei jedoch eine Schmerzgrenze nach Auffassung der Fraktionsgemeinschaft erreicht. Er verwies u. a. auf die Verbesserungen im Bereich der Gewerbesteuer und darauf, dass die Entwicklung des Gewerbegebietes „Lind II“ eine Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt war. Seine Fraktion habe während der Beratungen keinen einzigen Antrag mit einer Ausgabenerhöhung gestellt. Schwerpunkt sei Haushaltsklarheit und –wahrheit gewesen, z. B. bei der HH-Ansatz-Reduzierung zur Einkommensteuer. Die Fraktionsgemeinschaft sehe die Ansatzerhöhung beim Holzverkauf als unrealistisch an und werde dem nicht zustimmen. Er wies auf die Verantwortung von Bund und Land hin. Insbesondere sei das Land gefragt. In der letzten Wahlperiode habe es den Kommunen über 380 Mio. gestrichen. Seine Hoffnung sei, dass die neue Landesregierung diesen Fehler schnellstens korrigiert und den Kommunen wieder die

Hilfen zukommen lässt, die ihnen zustehen. Die Fraktionsgemeinschaft werde der UBPA-Variante des Haushaltes zustimmen.

Herr Dr. Edmund Nickel nahm seitens der SPD-Fraktion Stellung. Bei der Einbringung des Haushaltes sei man noch davon ausgegangen, dass der Haushalt ausgeglichen sei. Die Veränderung, über die wir heute reden müssen, ist nicht etwa auf maßlose Veränderungen der Fraktionen zurückzuführen, sondern weil man davon ausgehen muss, dass Zuflüsse von außen geringer ausfallen werden als angenommen. Die Ergebnisse des Ergebnishaushaltes waren auf der Ausgabenseite 9,602 Mio, jetzt sind es 9,627 Mio. Die Steigerung sei 25.000,00 Euro, also 0,26 %. Gegenüber dem Vorjahr sei die Steigerung 0,57 %. Das ist ein Zeichen der kollektiven Bescheidenheit, die die Haushaltsdebatte im Ausschuss prägte. Die Einnahmenseite sei bei 9,607 Mio. gewesen, jetzt sind es 9,463 Mio., also ein Minus von 144.000,00 Euro. Die Gründe wurden bereits erwähnt; besonders bei der Einkommensteuer war man der Meinung, einen vorsichtigeren Ansatz ansetzen zu müssen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies insgesamt eine Steigerung von 2,6 %. Er habe die Schlüsselzuweisungen und die Einkommensteuer von 2007 und 2014 verglichen. 2007 waren es 3,846 Mio., 2014 3,897 Mio. Die Zahlen sind fast gleich – in den letzten 7 Jahren ist der Zufluss an Einnahmen von außen nahezu gleich geblieben. Die eigenen Steuern (Grund- und Gewerbesteuer) waren 2007 1,204 Mio., 2014 1,989 Mio., eine Steigerung um 785.000,00 Euro, fast 60 %. Die Umlagen (Kreis- und Schulumlage) 2007 2,38 Mio., 2014 3,295 Mio., 915.000,00 Euro oder 38,5 %. Wir haben ein Nullwachstum der Zuflüsse von außen, ab 1 Mio. (38,5 %) mehr Umlagen. Die Einflüsse von außen sind es an erster Stelle, die die Luft zum Atmen nehmen. Man könne zwar Einsparungen vornehmen, doch die Einflüsse von außen haben eine Dimension angenommen, gegen die wir alleine nicht ankommen können. Wir müssen uns zwar auf die von uns beeinflussbaren Faktoren konzentrieren, doch unter diesen Bedingungen von außen wird es extrem schwierig sein. Die freiwilligen Leistungen im engeren Sinne (Förderung der Vereine, der Kultur, der Öffentlichkeitsarbeit) liegen in Waldems am unteren Rand im Vergleich mit anderen Kommunen, es wurde auch keine Kürzung im Vergleich zum Vorjahr diskutiert. Die Kindergärten haben eine Unterdeckung zu verzeichnen, sind jedoch ein wichtiger Bestandteil der Lebensqualität. Die Friedhöfe seien immer mehr ein Ort der Begegnung für ältere Mitbürger. Er verwies auf die Gebührensätze der Gemeinde Waldems und dass sie im RTK am unteren Ende angesiedelt sind. Dies zeige die Situation, in der sich die Kommunen generell befinden. Auch unser Defizit ist im RTK – auch an der Größe der Kommunen orientiert – am unteren Ende zu finden. Seine Fraktion trage das Zahlenwerk des Haushaltes 2014 mit. Wir haben zwar im Haushalt 2014 noch keinen Ausgleich erzielt, sind jedoch sehr viel dichter dran, als die meisten Kommunen bzw. im RTK am dichtesten an der schwarzen Null.

Herr Norbert Schwenk von der FWG-Fraktion erklärte, dass wir im siebten Jahr in Folge ein Defizit im Haushalt haben und dies trotz der angeblich guten Konjunktur. Er verwies darauf, dass gerade Dr. Nickel die Einflüsse von außen sehr deutlich gemacht habe. Der Vergleich mit anderen Kommunen reiche nicht aus. Es könne nicht sein, neue Kredite aufnehmen zu müssen, um damit die Schulden zu bedienen. Seine Fraktion verstehe unter Nachhaltigkeit, daran zu arbeiten. Die Aufgabe, den Bürgern die lebensnotwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, müsse dauerhaft von der Kommune selbst finanziert werden können. Aus Sicht der FWG-Fraktion wäre es notwendig gewesen, im Rahmen der Haushaltsdiskussion das notwendige Haushaltssicherungskonzept intensiv zu diskutieren und über mögliche strukturelle Verbesserungen ernsthaft nachzudenken, strukturelle Verbesserungen, die zukünftig wirksam werden könnten. Man hätte jedoch feststellen müssen, dass hierzu wohl keine ernsthafte Bereitschaft bestehe. Die Kommunalaufsicht hätte den HH-Plan 2013 nur unter drastischen Auflagen genehmigt. So z. B. solle das Haushaltssicherungskonzept

konkretisiert, weiterentwickelt und jährlich fortgeschrieben werden. Der Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses bis zum Jahr 2015 ist als Konsolidierungsziel festzuschreiben. Die dazu erforderlichen Maßnahmen seien detailliert zu beschreiben und die Auswirkungen dazustellen. In anderen Kommunen seien eben solche Vorgaben gemacht worden und man arbeite daran. In den Ausschüssen habe keine Beratung zum Haushaltssicherungskonzept stattgefunden. Vielmehr solle die Diskussion hierüber in die nächste Sitzungsrunde verschoben werden, da die Haushaltsgenehmigung erst zum Juni erfolgen würde. Auch die mittelfristige Finanzplanung und der Investitionsplan wurden nicht inhaltlich diskutiert. Seine Fraktion habe angemahnt, dass diese aber Teil des Haushaltes seien. Die FWG-Fraktion werde aus den dargelegten Gründen der HH-Satzung und all ihren Teilen nicht zustimmen.

Herr Heinz Grußbach von der FWG-Fraktion verwies in eigener Darstellung darauf, dass der siebte nicht ausgeglichene Haushalt der Gemeinde Waldems für 2014 vorliege. Er verwies auf die Pro-Kopf-Verschuldung einzelner Kommunen laut statistischem Landesamt. In seinem Redebeitrag kam zum Ausdruck, dass er hier ein Controlling vermisste. Ebenso vermisste er konkrete Ansätze zum Haushaltssicherungskonzept 2013. Aus all diesen Überlegungen könne er dem Haushalt nicht zustimmen.

ABSTIMMUNGEN:

PRODUKTPLAN in der Fassung des UBPA:

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 14 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, somit angenommen. Eine Abstimmung über den Produktplan in der Fassung des HFA ist daher nicht mehr erforderlich.

STELLENPLAN:

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 18 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, somit angenommen.

Mittelfristige Finanzplanung:

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 18 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, somit angenommen.

Investitionsprogramm:

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 18 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, somit angenommen.

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT:

Es liegt keine abstimmungsfähige Fassung des Haushaltssicherungskonzeptes heute Abend vor. Daher entfällt diese Abstimmung.

Haushaltssatzung (UBPA-Fassung):

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 18 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, somit angenommen.

Punkt 5 Betr.: Straßenbeitragssatzung;

- Antrag der FWG-Fraktion vom 27.01.2014
(Verweisung in die Ausschüsse)

Herr Schwenk erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Der Antrag liegt allen Parlamentariern einschließlich Begründung schriftlich vor.

Der Antrag wird in den Ausschuss (HFA) verwiesen.

ABSTIMMUNG: einstimmig

- Punkt 6 Betr.: Friedhofspflege durch Privatpersonen;
- Antrag der FWG-Fraktion vom 27.01.2014
(Verweisung in die Ausschüsse)

Herr Schwenk begründete den Antrag seiner Fraktion. Der Antrag liegt allen Parlamentariern einschließlich Begründung schriftlich vor.

Der Antrag wird in die Ausschüsse (HFA und UBPA) verwiesen.

ABSTIMMUNG: einstimmig

Die Tagesordnung der 19. Sitzung war damit erledigt.

Der Vorsitzende Herr Nägele schloss die Sitzung um 21.20 Uhr.



Raoul Nägele
Vorsitzender



Brigitte Hörning
Schriftführerin